



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 3/2006

23. Februar 2006

GdP Bayern auf der Nürnberger Großkundgebung 4000 Arbeitnehmer protestieren gegen die öffentliche Sparpolitik



Harald Schneider begrüßt die Nürnberger Demonstranten

(gdp) - Bei einer Großkundgebung in Nürnberg gingen am Montag über 4000 Streikende auf die Straße, um ihren Unmut über die rigide Sparpolitik im Öffentlichen Dienst zu äußern. Neben einer Vielzahl von Mitgliedern der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di schloss sich der zentralen Demonstration auch eine Großschar von GdP-Mitgliedern maßgeblich aus dem

Bereich Mittelfranken an. BG-Vorsitzender Herbert Kern, unterstützt von seinen Vertretern Wolfgang Vogt (Fürth) und Franz Holzner (Nürnberg) hatten einen Aufruf zu dieser Demonstration erlassen. Gemeinsam wurde ein entsprechendes Flugblatt entworfen und eine Vielzahl von Telefonaten mit

den Vertrauensleuten im Großraum Nürnberg geführt. Tatkräftig unterstützt wurde dieser Demoaufzug durch Harald Wagner und Hans Scheuba von der IV. BPA. Ver.di und die anderen sich bereits im Streik befindlichen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten ihre Streikenden zu einer Demo durch Nürnberg eingeladen. Ein großes Lob gebührt den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen der Polizeidirektion Nürnberg, die störungsfrei den Demonstrationszug durch Nürnberg begleitete. Angeführt wurden die mittelfränkischen GdP`ler von ihrem Landesvorsitzenden Harald Schneider, der sich in einem Grußwort an die 4000 Demonstranten gegen die Pläne der Länder wandte, die Arbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden zu verlängern sowie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld im Öffentlichen Dienst zu kürzen. Unterstrichen wurde der Demonstrationszug durch die abendliche



Die GdP-Demofront steht

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München



Großkundgebung in Nürnberg - Fortsetzung von Seite 1

Bekanntgabe über das neuerliche Scheitern der Tarifverhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und der Gewerkschaften. Die große Delegation der

sei schlichtweg unanständig. Schneider sagte, ohne die 7000 Tarifbeschäftigten, die garantiert nicht zu den Großverdienern in unserer Gesellschaft zählen, wäre eine

thematik kann man nicht betrügen. Wenn von 40 Beschäftigten jeder nur eine Stunde länger arbeitet, wird einer von ihnen nicht mehr gebraucht. Dies werden wir nicht hinnehmen. Wir sind kampfbereit und lassen uns nicht unterbuttern. Auch wenn in den Medien bewusst ein falsches Bild von unseren Streikmaßnahmen gezeigt wird. Es ist eine Binsenweisheit, dass Mehrarbeit den Arbeitslosen in unserem Staat nichts, aber auch gar nichts nutzt – sie schadet nur! Die öffentlichen Arbeitgeber wollen uns am liebsten die Arbeitsbedingungen diktieren, sie wollen uns Arbeitszeitverlängerungen und Einkommensverluste zumuten. Dabei müssen wir schon seit Jahren Reallohnverluste schlucken. Wir sagen nein zur Arbeitszeitverlängerung und nein zum Lohnraub! Wir sind keine Beschäftigten zweiter Klasse! Unsere Gesellschaft muss sich jetzt die Frage beantworten, wel-



Die Schwabacher Demonstrantinnen mit ihrem Vors. Herbert Kern

GdP aus Nürnberg, Schwabach und weiteren Teilen Mittelfrankens unterstützten ihren Landesvorsitzenden lautstark bei dessen Grußwort, in dem er sich vor allem gegen die öffentliche Polemik gegenüber den Streikmaßnahmen wendete. Dabei betonte er vor allem, die Debatte über täglich 18 Minuten Mehrarbeit führe absolut am Thema vorbei und verkenne, dass durch Mehrarbeit Arbeitsplätze wegfallen. Gegen die Bezeichnung „Luxusstreik“ wandte sich Schneider zudem vehement, da dieser Ausdruck suggeriere, dass Weihnachts- und Urlaubsgeld Zuwendungen seien, die der Staat seinen Angestellten aus reiner Gutmütigkeit schenke. In Wahrheit würden sich viele Kolleginnen und Kollegen damit ihr „Heizöl, die Bildung ihrer Kinder, Versicherungen oder hinausgeschobene Reparaturen finanzieren.“ Dass die Arbeitgeber verbreiten, die Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst seien angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage ungenügsam und damit die öffentliche Stimmung gegen die Arbeitnehmer richten,

besten Polizisten Deutschlands sind, satt. Wir sind nicht mehr im 18. Jahrhundert, wo man nach Gutsherrenart über seine Be-

schäftigten entscheiden konnte. Aus den Äußerungen mancher Mitglieder der Staatsregierung könnte man fast schließen, sie wollen keine Gewerkschaften, keine Verhandlungen und erst recht

keine Kompromisse. Die Politik behauptet, uns ginge es nur um 18 Minuten Mehrarbeit pro Tag. Dies ist eine Lüge. Hinter diesen 18 Minuten verbirgt sich der Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen.

Es sind nicht irgendwelche Arbeitsplätze – es sind die Arbeitsplätze unserer Kinder. Allein bei der Polizei in Bayern werden über 500 Arbeitsplätze vernichtet. In der Ma-

vernünftige Polizeiarbeit in Bayern nicht möglich. „Ohne sie wäre Bayern nicht Marktführer der Inneren Sicherheit. Sie gehören zu den Betrogenen, die seit September letzten Jahres auf ihren Tarifvertrag warten.“

Weitere Auszüge aus Schneiders Rede:

„Unsere Geduld hat nun ein Ende. Wir haben die Sonntagsreden, dass wir die



LV Schneider und seine GdP-Truppe

chen Stellenwert unsere Arbeit hat, was wir unserer Gesellschaft wert sind! Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sind keine Almosen, die wir erhalten. Dies sind Bestandteile unseres Lohns und wir sind darauf angewiesen! Es ist eine Frechheit zu behaupten, es handelt sich hier um einen „Luxusstreik“. Wir sind die Speerspitze des Streiks und wir sind noch nicht am Ende, sondern wir



Großkundgebung in Nürnberg - Fortsetzung von Seite 2

fangen gerade erst an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Mut zeigt, macht anderen Mut. Und ich will Euch heute Mut machen mit uns zu kämpfen! Danke dass ihr gekommen seid.“

Eine große Herausforderung war es dann noch, die zahlreichen Busse zu dem seit Wochen bestreikten AEG Werk zu lotsen, da die Beschäftigten des öffentlichen Dien-

tes ihre Solidarität mit den um ihren Arbeitsplatz fürchtenden AEG-Beschäftigten bekunden wollten. Bereits ein paar Tage zuvor besuchten BG-Vorsitzender Herbert Kern und sein Vertreter Wolfgang Vogt die vor dem Werkstor versammelten Streikposten und sprachen ihnen ihre Unterstützung zu. Es war für beide eine neue und erschütternde Erfahrung zugleich, mit Kolleginnen

und Kollegen zu sprechen, die in den vergangenen Jahren gute Arbeit leisteten, zig Millionen Euro Gewinn für ihre Firma erwirtschafteten und nun alle entlassen werden. Bei dem AEG-Streik geht es nämlich nicht um eine Lohnerhöhung oder eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, sondern um die Höhe der Abfindung der AEG-Beschäftigten.

Gewerkschaftsübergreifende Initiative stößt auf Kompromissbereitschaft bei CSU

München - (gdp) Die Vorsitzenden der drei Polizeiberufsvertretungen GdP, BDK und DPoIG Harald Schneider, Walter Thurner und Hermann Benker erinnerten am 20. Februar 2006 Vertreter der CSU-Fraktionsspitze an ihre vielfach in Aussicht gestellte Absicht, als Teilausgleich für die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden eine Sonderregelung für die Polizei beim Zusatzurlaub zu gewähren. Von Seiten der CSU nahmen an dem Gespräch der Fraktionsvorsitzende Joachim Herrmann, die Ausschussvorsitzenden Manfred Ach (Haushalt), Dr. Jakob Kreidl (Inneres) sowie der Polizeisprecher Rudi Peterke teil. Nachdem alle Teilnehmer ihre grundsätzlichen Positionen dargelegt hatten, wurde deutlich, dass die CSU grundsätzlich zu Eingeständnissen beim Thema Zusatzurlaub bereit wäre.

Als Ergebnis der Verhandlungen wurde schließlich festgehalten, dass das Innenministerium von der CSU-Fraktion den konkreten Auftrag erhält, die für eine Entscheidung erforderlichen Fakten, Zahlen und Daten im Polizeibereich detailliert zu erheben und vorzulegen. Der bisher dafür ange-setzte Stellenmehrbedarf erscheint bisher deutlich zu hoch. Ferner erscheint eine schrittweise Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderung auf Anhebung des Zusatzurlaubs von bisher maximal vier auf künf-

tig acht Tage als prinzipiell möglich. In die Überlegungen miteinbezogen wurde zudem auch die Übertragung von nicht verbrauchten „Restansprüchen“ auf das folgende Kalenderjahr. Außerdem sagten die CSU-Vertreter zu, dass auch der Wegfall der Berechnung nach Schichttagen und die einheitliche Umstellung auf Nachtdienststunden beim Innenministerium geprüft werde.

Ein Einstieg beim Zusatzurlaub soll nach Verlautbarungen des Gesprächs spätestens im Doppelhaushalt 2007/2008 geschaffen werden. Über die Höhe

müsse man sich aber in künftigen Gesprächen noch einig werden. GdP-Landsvorsitzender Harald Schneider machte zudem den Vorschlag, dass der Einstieg beim Zusatzurlaub nicht zeitlich abgestuft, sondern über eine Altersabstufung erfolgt, das heißt, dass über 30jährige zwei, über 40jährige drei und über 50jährige vier Zusatzurlaubtage bekommen. Eine tatsächliche Entscheidung wird von den drei Berufsvertretungen zwar noch für das Jahr 2006 erwartet, die praktische Umsetzung dürfte aufgrund der angespannten Haushalts-situation wohl nicht vor 2007 erfolgen.



v.l.n.r.: Benker (DPoIG), Herrmann (CSU-Fraktionsvors.), Thurner (BDK), Schneider (GdP), sowie die MdLPeterke, Kreidl und Ach (alle CSU)